

Mehr Plätze für Gefangene in Altstätten

Ausbau Die aktuelle dezentrale Gefängnislandschaft im Kanton St. Gallen entspricht den heutigen Anforderungen nicht mehr. Bisher gab es neben der Strafanstalt Saxerriet (135 Plätze) und dem Massnahmenzentrum Bitzi (58) acht weitere Gefängnisse mit insgesamt 140 Plätzen. Gestern hat der Kantonsrat in erster Lesung den Ausbau des Regionalgefängnisses Altstätten von 45 auf 126 Plätze gutgeheissen. Dadurch können von der Polizei geführte unwirtschaftliche Kleingefängnisse in Flums, Widnau, Gossau und Bazenheid geschlossen werden. Diese kleinen Einrichtungen erfüllen die heutigen Bedingungen nicht mehr.

Die Baukosten belaufen sich auf 83 Millionen Franken, an die der Bund 22,8 Millionen leistet. Damit verbleiben für den Kanton noch 60,2 Millionen Franken. In der vorberatenden Kommission war das Geschäft unbestritten gewesen. Dieser Haltung folgten gestern alle Fraktionen. Mehrmals – namentlich von der CVP/GLP-Fraktion – wurde betont, dass es mit dem Ausbau auch mehr Personal (rund 42 Stellen) brauche.

Die zweite Lesung ist im Juni vorgesehen, die Volksabstimmung im November. Baubeginn soll 2019 sein. (cz)

Wil erhält Forensikstation

Neubau Auf dem Areal der Psychiatrischen Klinik Wil soll für 12,9 Millionen Franken eine Forensikstation mit 16 Betten gebaut werden – Referenzobjekt ist eine Forensikstation im Kanton Bern. Am Montag hiess der Kantonsrat die Vorlage in erster Lesung gut. Nicht nur im Kanton St. Gallen fehlen solche Plätze, schweizweit sind es 400. Die auswärtige Unterbringung von psychisch kranken Häftlingen kostete den Kanton bisher jährlich 5,8 Millionen Franken. In Wil ist ein eingeschossiges Gebäude mit drei Sicherheitszimmern, Aufenthalts-, Therapie- und Beschäftigungsräumen sowie einem gesicherten Aussenraum geplant. An den Kosten soll sich der Bund mit rund 3,8 Millionen Franken beteiligen. Für den Kanton verbleibe damit ein Betrag von 9,1 Millionen Franken. Angenommen wurde ein Auftrag, dem Kantonsrat vorgängig eine umfassende Strategie zur Entwicklung des Areals zu unterbreiten. (cz)

Mehr Spielraum für Gemeinden

Motion Mit einer am Montag eingereichten überparteilichen Motion laden SVP-, CVP/GLP- und FDP-Fraktion die St. Galler Regierung ein, die Gemeinden in der Ortsplanung mit Teilzonenplänen «rasch wieder handlungsfähig» zu machen. Die Kommunen müssten sich auch bei den Wohn- und Mischzonen weiterentwickeln können. Dafür seien die Übergangsbestimmungen im neuen Planungs- und Baugesetz anzupassen, heisst es im Vorstoss. Die Regierung wird eingeladen, zwei Gesetzesnachträge vorzulegen. (cz)

Der Geist des Konzils wirkt nach

Bilanz Vier Jubiläumsjahre und fast 100 Aktivitäten haben im Thurgau das Konstanzer Konzil wieder aufleben lassen. Was bleibt, sind vor allem wertvolle, länderübergreifende Kontakte.

Larissa Flammer
larissa.flammer@thurgauerzeitung.ch

Der damals neugewählte Papst erklärte 1418 das Konzil in Konstanz für beendet. Das 600-Jahr-Jubiläum wurde gestern im Thurgau von Regierungsrätin Monika Knill beendet. Während etwas mehr als vier Jahren hat der Kanton fast 100 Aktivitäten und Veranstaltungen organisiert oder angestossen – in teils internationaler Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern. «Der Thurgau musste diese Zusammenarbeit nicht erfinden. Wir gelten als Brückenkanton und handeln schon immer über Grenzen hinweg», sagt Monika Knill.

Sie und ihr ehemaliger Ratskollege Kaspar Schläpfer haben 2012 ein Konzept für das Jubiläum in Auftrag gegeben. Die Koordination übernahm später Thurgau Tourismus. Geschäftsführer Rolf Müller sagt: «Unser wichtigstes Projekt waren die vier Karten, von denen jedes Jahr eine erschien.» Jede Karte führt an Orte im Thurgau, die mit dem Konzil oder dem Jubiläum zu tun haben. 10 000 Exemplare jeder Karte wurden gedruckt, die ersten drei sind vergriffen. Die vierte – eine Art «best of», wie Müller sagt – wird weiter vertrieben.

Zusammen mit Agro Marketing Thurgau sind zudem kulinarische Produkte aus der Vergangenheit unter dem Label «Konzil Thurgau» wiederbelebt worden. Rund 15 Restaurants im ganzen Kanton haben Menus zum Thema Konzil angeboten. Zusammen mit der Zeitschrift «Marmite» für Ess- und Trinkkultur ist ein Rezeptbüchlein erschienen.



Das Mittelalter mit verschiedenen Exponaten lebendig gemacht: In Konstanz selber fand 2014 eine Landesausstellung zum Konzil statt. Bild: Olivia Hug (Konstanz, 25. April 2014)

Der grösste Kongress des Mittelalters

Vor 600 Jahren kamen in Konstanz die **Mächtigen Europas** zusammen. Am Bodensee wurde ein Papst gewählt – der einzige nördlich der Alpen. In den vergangenen viereinhalb Jahren gedachte auch der Thurgau mit rund 100 Veranstaltungen des grössten Kongresses des Mittelalters. Die Stadt Konstanz platze zu jener Zeit aus allen Nähten. In den Strassen und Gassen dräng-

ten sich Bäcker, Schneider, Barbieri und Goldschmiede. 70 000 Menschen sollen zwischen 1414 und 1418 in der Stadt gewesen sein, die damals nur 6000 Einwohner zählte. Am 22. April 1418 erklärte der damals neugewählte Papst Martin V. das Konzil in Konstanz für beendet.

Für den Thurgau hatte das Konzil auch politische Folgen: Der Habsburger Herzog Friedrich IV.

verlor aufgrund der Ereignisse rund um die Flucht des Gegenpapstes Papst Johannes XXIII. fast sein gesamtes Herrschaftsgebiet. Der Thurgau glück mehr denn je einem Flickenteppich.

600 Jahre später, am 27. April 2014, startete dann das Konzil-Jubiläum, das am 22. Juli 2018 mit dem Fest für Europa in Konstanz seinen Abschluss finden wird. (sda)

«Wir haben sehr zufriedene Partner», kann Müller nach dem Jubiläum sagen.

Den Geist des Konstanzer Konzils – die länderübergreifende Zusammenarbeit – hat auch die Wirtschaft aufgenommen. Daniel Wessner, Leiter des Thurgauer Amts für Wirtschaft und Arbeit, informiert über vier Wirtschaftskonzile. Drei davon sind bereits Geschichte, das vierte findet Ende Juni in Konstanz statt.

Bodenseeregion weiter voranbringen

«Die Bodenseeregion ist bereits eine der wirtschaftlich erfolgreichsten in Europa. Das wollen wir weiter voranbringen», sagt der Amtschef. Auch in Brüssel hätten Vertreter der Bodenseeregion aufgezeigt, wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktioniert. Das Potenzial ist laut Wessner aber nicht grenzenlos: «Zum Beispiel in puncto Fachkräftemangel oder Firmenansiedlungen sind wir Konkurrenten.» An den Wirtschaftskonzilen seien aber Netzwerke und Plattformen entstanden, die weiter gepflegt würden.

Knapp eine Million Franken hat der Kanton zum Jubiläum beigesteuert. Ein Hauptteil davon wurde für die Publikationsreihe «Der Thurgau im späten Mittelalter» verwendet. Die Geschichte zu vermitteln, eine Verbindung zur Gegenwart zu schaffen: Das waren die Ziele der Regierung. Und mit dem neugeschaffenen Lernkoffer zum Thema Konstanzer Konzil kann die für den Thurgau so prägende Zeit auch künftig an Schulen vermittelt werden.

Ein gutes Resultat für Stefan Kölliker



Wahl Das Parlament hat Stefan Kölliker (SVP) zum Regierungspräsidenten für die Amtsdauer 2018/2019 gewählt. Der Bildungschef, später bei der Neuordnung der Führungsstruktur der Berufsfachschulen im Gegenwind, erhielt 103 von 105 gültigen Stimmen. Michael Götte, Chef der SVP-Fraktion, gratulierte mit einem Blumenstrauß. Bild: Regina Kühne

Bessere Tarife für Kinderspitäler

Standesinitiativen Die Kinderspitäler und -klinken in der Schweiz haben alle ein Problem mit der Finanzierung. Sie sind aufgrund des Tarifsystems und fehlender Quersubventionierungsmöglichkeiten wie in Erwachsenenspitälern alle auf Spenden angewiesen. Die Tarife seien auf den Normalfall ausgerichtet, sagte CVP-Kantonsrat Thomas Warzinek: «Doch im Kipi ist der Normalfall die Ausnahme.» Der Kantonsrat St. Gallen will nun politisch Druck machen: Er hat am Montag ein Standesbegehren der CVP/GLP-Fraktion überwiesen, das vom Bund kostendeckende Tarife für die Kinderspitäler verlangt. Damit folgte er dem Antrag der Regierung. Der Bundesrat solle seinen Spielraum bei der Behandlung von Kindern ausschöpfen und dies nicht «auf dem Buckel einzelner Kantone wie St. Gallen tun».

Nicht eingetreten ist das Parlament auf eine Standesinitiative der SVP-Fraktion. Diese verlangte, den Führerausweisentzug als strafrechtliche Massnahme zu gestalten. Die Regierung sah keinen Bedarf an einer Änderung des heute zweigeteilten und bewährten Verfahrens. Eine einzige auf Führerausweisentzüge spezialisierte Verwaltungsbehörde sei aus Effizienzgründen vorteilhafter. (cz)